

Stellungnahme: Die Kinder- und Jugendarbeit in Zeiten der Corona-Pandemie

Von Prof'in Dr. Bettina Hünersdorf und Michael Janowitz

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
Institut für Pädagogik, Arbeitsbereich Sozialpädagogik/Sozialarbeit

Abstract

Von Johan Kittel für die AG Jugendarbeit Jena

01.10.2020

Ziel dieser Stellungnahme von Hünersdorf und Janowitz ist sowohl die wissenschaftliche Verortung der Kinder- und Jugendarbeit als auch die Einschätzung des politischen Geschehens im Zuge der Corona-Pandemie samt Auswirkungen auf Zielgruppen und Freie Träger. Der öffentliche Jugendhilfeträger, kommunale Verwaltungsvertreter*innen sowie sämtliche in der Kinder und Jugendarbeit agierenden Freien Träger fühlen sich von dieser Stellungnahme angesprochen.

Kinder- und Jugendarbeit ist eine Pflichtleistung für die Kommunen. Wenn sie nicht bedarfsgerecht gewährleistet wird, verschärfen sich Problemlagen von Kinder- und Jugendlichen, welche dann in kostenaufwendigeren Jugendhilfemaßnahmen, wie Hilfen zur Erziehung, bearbeitet werden müssen. Diese belasten den kommunalen Haushalt langfristig und intensiver als präventive Angebote der Kinder- und Jugendarbeit.

Gerade in Krisenzeiten und so auch während der Corona-Pandemie, sind Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit verlässliche und unersetzbare Unterstützungsangebote. Sie halten Kontakt zu Kindern, Jugendlichen und deren Familien, engagieren sich in neuen Kommunikationsfeldern und stehen ihren Adressat*innen stets beratend zur Seite. Über innovative Methoden der digitalen Jugendarbeit bringen sie auch zu belastenden Lockdown-Zeiten Kinder und Jugendliche zusammen und stützen langfristige Beziehungen und Freundschaften.

Im Laufe der Corona-Pandemie 2020 sind jedoch politische Maßnahmen (Lockdowns, kommunale Verfügungen etc.) ergriffen worden, die die Rechte der Kinder und Jugendlichen vernachlässigen und die professionelle Freie-Träger-Landschaft der Kinder- und Jugendarbeit irritiert und verunsichert haben. So sind weder Kinder und Jugendliche noch die Freien Träger der Kinder- und Jugendarbeit in politische Entscheidungsprozesse einbezogen worden, was politischen Verfügungen weniger Verständnis folgen lässt und einer nachhaltigen gesellschaftlichen Demokratiebildung konträr gegenübersteht.

Die Stellungnahme beschreibt Zustände, durch welche Kindern und Jugendlichen gesellschaftliche Teilhabe, non-formale Bildungschancen und soziale Kontakte verwehrt geblieben sind. Zu den fehlenden Chancen kommen Risiken wie psychosoziale Zusatzbelastungen durch Home-Schooling, Abhängigkeiten und finanzielle Existenzängste von Familien. Die zur Kinder- und Jugendarbeit beauftragten Freien Träger erfahren durch die Diskussion um Sparmaßnahmen eine finanzielle Verunsicherung, die bis hin zu einer drohenden Zahlungsunfähigkeit reicht und prekärer Beschäftigungsverhältnisse sowie Schwierigkeiten bei der mittel-/langfristigen Personalbindung und -entwicklung nach sich zieht.